

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM

Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Die Herrschaft der Wenigen 30.06.2011

ABIDJAN/PARIS/BERLIN (Eigener Bericht) - Nach dem Umsturz in Côte d'Ivoire kündigt die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNP) die Eröffnung eines neuen Auslandsbüros in Abidjan an und will die neue Regierungspartei RPR "permanent beraten". Man werde engere Beziehungen zum neuen Staatspräsidenten Alassane Ouattara und seiner Partei aufnehmen, teilt die Stiftung mit. Der RPR gehört bereits seit Jahren den liberalen Netzwerken der FNP in Westafrika an, zu denen auch ein Präsidentenberater in Senegal zählt. Dass Ouattara, der Partner der Naumann-Stiftung, im April trotz mutmaßlicher Wahlfälschung von Truppen Frankreichs und der UNO in Abidjan an die Macht gebombt worden ist - explizit mit Billigung Berlins -, stößt in Afrika weithin auf scharfen Protest. Medien sprechen offen von "Imperialismus" und "Neokolonialismus". Wie der ehemalige Präsident Südafrikas Thabo Mbeki urteilt, habe nicht nur die Afrikanische Union durch die militärische Intervention in Côte d'Ivoire jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Auch die Vereinten Nationen könnten nach ihrer Teilnahme an den bewaffneten Angriffen auf den Präsidentenpalast in Abidjan nicht mehr mit dem bisherigen Anspruch auftreten, eine "neutrale Macht" zur Vermittlung in Konflikten zu sein. Die Geschehnisse in Côte d'Ivoire hätten "der Fiktion" endgültig "ein Ende gesetzt, dass die Großmächte die Herrschaft des Gesetzes in den internationalen Beziehungen achten".

Business as usual

Die anhaltenden Spannungen in Côte d'Ivoire finden in den deutschen Medien kaum noch Beachtung, seit es dem Westen im Frühjahr gelang, seinem Parteigänger Alassane Ouattara, einem ehemaligen hochrangigen IWF-Funktionär, zum Präsidentenamt in Abidjan zu verhelfen. Mehrere Monate lang hatten die westlichen Medien dem blutigen Machtkampf zwischen Ouattara und dem auf stärkere Eigenständigkeit gegenüber dem Westen zielenden Präsidenten Laurent Gbagbo große Aufmerksamkeit geschenkt. Ouattara, der auf der Basis vermutlich gefälschter Wahlergebnisse das höchste Staatsamt für sich reklamierte, wurde nach massiven Einflussbemühungen des Westens im April mit Hilfe von Milizen, französischen Militärs und Einheiten der UNO an die Macht gebombt (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Ende Mai trat er schließlich offiziell das Amt des ivoirischen Staatspräsidenten an. Die Bevölkerung ist in zwei etwa gleich starke Hälften gespalten: Ouattaras Anhängern, die vor allem aus dem Norden des Landes kommen, stehen auch weiterhin Gbagbos Anhänger gegenüber, der sich als Opfer einer neokolonialen Intervention sehen. Milizen, die Ouattara ins Präsidentenamt gekämpft haben, haben seit dem Umsturz im April mindestens 150 angebliche Gbagbo-Anhänger umgebracht. Für die Massaker an hunderten Zivilisten, die sie schon vor dem Umsturz verübten, wird bis heute niemand zur Verantwortung gezogen. Beobachter schließen eine neue blutige Eskalation nicht aus. Die Medienberichterstattung im Westen ist jedoch weitgehend zum Erliegen gekommen: Der Parteigänger von EU und USA ist im Amt, europäische und nordamerikanische Konzerne nehmen ihre Geschäftstätigkeit wieder auf, es herrscht business as usual.

Netzwerke der FDP

Berlin hat Gbagbos Sturz und Ouattaras Inthronisierung mit grundsätzlicher Sympathie begleitet, auch wenn wegen Ouattaras allzu enger Anbindung an den Rivalen Frankreich kritische Stimmen nicht gänzlich verstummen. Praktische Unterstützung erhält Ouattara insbesondere von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung (FNP). Hochrangige Vertreter der Stiftung und der Liberalen Internationalen, in der die FDP eine starke Stellung hält, waren bei seiner Amtseinführung am 21. Mai zugegen. Über den militärisch erkämpften Umsturz schreibt die Stiftung, "die Demokratien des Kontinents" fänden sich heute "nicht mehr mit der Usurpation von Macht" ab, wie sie "der Sozialist Laurent Gbagbo versuchte". [2] Ouattara und seine Partei Rassemblement des Républicains (RDR) gehören dem African Liberal Network (ALN) an, einem Netzwerk liberaler Parteien aus Afrika mit heute 27 Mitgliedern aus 21 Ländern, das eng mit der FNP sowie mit der Liberalen Internationalen assoziiert ist. [3] Bereits vor den ivoirischen Wahlen hatte das Westafrika-Projekt der FNP Ouattara auf einem mehrtägigen Seminar in Abidjan die Gelegenheit geboten, sich mit rund 20 hochrangigen Funktionären aus dem ALN abzustimmen - ein Beispiel für die nützliche Zusammenarbeit durch die FDP-Organisation.

Büros in Westafrika

Ouattaras Amtsantritt eröffnet der Friedrich-Naumann-Stiftung neue Einflusschancen in Westafrika, um ihren Vorstellungen von wirtschaftsliberaler Austeritätspolitik stärkere Geltung zu verschaffen. Ein Experte der FNSt hatte schon im Sommer 2010 erklärt, man solle "die bisher eher sporadischen Kontakte" zu Ouattaras RPR zu "einem beständigen Dialog" ausbauen und den RPR "permanent beraten".[4] Jetzt kündigt die Stiftung an, bereits in wenigen Monaten ein neues Auslandsbüro in Côte d'Ivoire zu eröffnen, um ihre Einflussarbeit zu verstetigen. Damit wird die FNSt bald in drei westafrikanischen Ländern präsent sein; bislang verfügt sie über Filialen nur in Ghana und Senegal. In Senegal ist seit Jahren eine Partei aus den FNSt-Netzwerken, der Parti Démocratique Sénégalais von Staatspräsident Abdoulaye Wade, an der Macht; ihr gehört nicht zuletzt der heutige Vorsitzende des ALN, Mamadou Lamine Ba, an. Ba, ein einstiger Minister Senegals und heutiger Sonderberater des senegalesischen Präsidenten für auswärtige Angelegenheiten, ist der FNSt auf besondere Weise verbunden: Er zählt zum Netzwerk ihrer Altstipendiaten.

Lumumba, Nkrumah, Gbagbo

Die von der Naumann-Stiftung gefeierte Entmachtung Gbagbos und die gepriesene Inthronisierung Ouattaras stoßen in Afrika - ganz anders als in Europa und den USA - auf empörten Protest. Schon die Medienberichterstattung weicht zum Teil deutlich von derjenigen in den westlichen Metropolen ab. Der südafrikanische Mail and Guardian etwa bezeichnet Ouattara völlig offen als den Favoriten des Westens und beleuchtet auch die imperiale Rolle Frankreichs und dessen Hegemonialinteressen mit deutlicher Kritik: Das Pariser Vorgehen stehe in Kontinuität zu den neokolonialen Praktiken der letzten 50 Jahre, die stets die Einsetzung französischer Parteigänger auf zentralen Posten in Politik und Wirtschaft beinhaltet hatten.[5] Der "französische Imperialismus" erstehe wieder auf, urteilt die kenianische Wirtschaftspresse: Gbagbo habe es versäumt, "das Schicksal von Patrice Lumumba und Nkrumah zu studieren".[6] Lumumba und Kwame Nkrumah gehörten in den 1950er und 1960er Jahren zu den prominentesten antikolonialen Politikern Afrikas; beide wurden vom Westen gestürzt bzw. ermordet. Noch deutlicher werden panafrikanische Organisationen. Bei der Pan African Youth Union (PYU) ist ausdrücklich von "Neokolonialismus" die Rede. Mit Ouattara habe man, heißt es, eine "Marionette Frankreichs" ins Amt gebracht.[7]

Kriegführend, nicht neutral

Welch tiefgreifende Bedeutung auch die politischen Eliten Afrikas dem Umsturz in Côte d'Ivoire beimessen, zeigt eine Stellungnahme des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, die bereits Ende April publiziert worden ist. Mbeki zieht in dem Text "eine Reihe unbestreitbarer Schlüsse" aus der "ivorischen Realität". So habe es sich nicht nur als äußerst fatal erwiesen, dass der Westen gegen massive ivorische Widerstände die Wahlen vom Herbst erzwungen habe - dies ungeachtet der Tatsache, dass zuvor vereinbarte Maßnahmen, etwa die Entwaffnung der Milizen, nicht realisiert worden seien. Auch die willkürliche Anerkennung Ouattaras als Wahlsieger müsse als verhängnisvoll gelten: Unter anderem habe der Westen damit afrikanische NGOs desavouiert, die auf schwerste Fälschungen hingewiesen hatten. Vor allem aber hätten die Vereinten Nationen "ihre Neutralität als Friedensstifter" preisgegeben und sich entschieden, "kriegführende Partei im ivorischen Konflikt" zu sein - ein verhängnisvoller Entschluss.[8]

Viele Verluste

"Am Ende des Ganzen", schreibt Mbeki müsse man - zusätzlich zu den menschlichen Todesopfern - "viele weitere Verluste" konstatieren. "Einer davon" sei die Afrikanische Union: Ihre Ohnmacht in Auseinandersetzungen mit dem Westen sei überdeutlich geworden. Ein weiterer seien die Vereinten Nationen: Sie hätten ihre Akzeptanz als "neutrale Macht bei der Lösung innerer Konflikte ernsthaft unterminiert". Es werde der UNO in Zukunft schwerfallen, Staaten davon zu überzeugen, "dass sie nicht nur ein bloßes Instrument in den Händen der Großmächte ist". Die Geschehnisse hätten "der Fiktion" nun endgültig "ein Ende gesetzt, dass die Großmächte die Herrschaft des Gesetzes in den internationalen Beziehungen achten". Man könne nur hoffen, dass die ivorische Bevölkerung "nicht weiterhin" leiden müsse - "als missbrauchtes und erniedrigtes Opfer eines Weltsystems", das zwar "lautstark etwas von Menschenrechten schreit", tatsächlich jedoch "nur die Herrschaft der Wenigen, welche die dominierenden politischen, wirtschaftlichen, militärischen und medialen Mittel besitzen, über die Vielen festigen" wolle. Äußerungen dieser Deutlichkeit sind aus der Feder eines einstigen Staatspräsidenten recht selten.

[1] s. dazu [Der Mann vom IWF](#), [Spiel mit dem Feuer](#) und [Das Recht des Stärkeren](#) (1)

[2] Historischer und symbolischer Tag für Demokratie in Afrika; www.freiheit.org

[3] Welcome to the Africa Liberal Network; www.africaliberalnetwork.org

[4] Ernst Specht: Côte d'Ivoire/Elfenbeinküste - Gewollter Stillstand? Hintergrundpapier der

Friedrich-Naumann-Stiftung Nr. 13, Juni 2010

[5] Expediency is the unofficial French policy in Africa; www.mg.co.za 15.04.2011

[6] Resurgence of French Imperialism; www.businessdailyafrica.com 26.04.2011

[7] 'Don't let chickens and cowards sell Africa'; www.mg.co.uk 17.06.2011

[8] Thabo Mbeki: What the World Got Wrong in Cote d'Ivoire; www.foreignpolicy.com 29.04.2011

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com